

Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (Rechts-)Populismus: Eine Ursachenanalyse der Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn

Waldner, Niklas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Waldner, N. (2022). Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (Rechts-)Populismus: Eine Ursachenanalyse der Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn. *Soziologiemagazin : publizieren statt archivieren*, 15(1), 59-74.
<https://doi.org/10.3224/soz.v15i1.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (Rechts-)Populismus

Eine Ursachenanalyse der Autokratisierungsprozesse in
Polen und Ungarn

59

von Niklas Waldner

Dieser Artikel analysiert und erklärt die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn zwischen den Jahren 2010 und 2020 als Verschiebung auf einem Demokratie-Autokratie Kontinuum. Die zentrale These lautet, dass der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien der Grund für die Autokratisierung ist, sodass die Ursachen des Rechtspopulismus letztlich die Ursachen der Autokratisierungsprozesse sein müssen. Eine Analyse bereits existierender Erklärungsmuster des (Rechts-)Populismus und deren Anwendung auf die Fallbeispiele Polen und Ungarn zeigt, dass sozioökonomische, soziokulturelle und politisch-institutionelle Erklärungsansätze einen Geltungsanspruch für die Fallbeispiele haben und somit auch als Erklärungsansätze für Autokratisierungsprozesse dienen können.

abstract

Schlagwörter

Rechtspopulismus; Demokratie; Autokratie; Polen; Ungarn

Autokratisierung und Rechtspopulismus

In den 1990er Jahren setzte sich vor dem Hintergrund der dritten Demokratisierungswelle (vgl. Lührmann et al., 2018, S. 1324) ein Großteil der Demokratieforschung mit dem Phänomen der Demokratisierung auseinander, wobei Fragen nach den Konsolidierungsprozessen das Erkenntnisinteresse bildeten (vgl. Bogaards, 2009, S. 415). Die gegenwärtige Demokratieforschung beschäftigt sich vor dem Hintergrund einer dritten Autokratisierungswelle (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1096; Maerz et al., 2020, S. 923) hingegen größtenteils mit dem Gegenpol der Demokratisierung, der Autokratisierung. Damit ist der Verfall zentraler Voraussetzungen liberaler Demokratie gemeint, wobei sowohl demokratische als auch autokratische Regime diesem (graduellen) Verfall ausgesetzt sein können (vgl. Lührmann et al., 2018; Lührmann & Lindberg, 2019; Maerz et al., 2020). Empirisch messbar sind Demokratisierungs- und Autokratisierungsprozesse durch Indexe wie den Polity-IV Index oder Freedom House. In der Fachliteratur ist jedoch der Liberal Democracy Index (LDI) des Varieties of Democracy Instituts (V-Dem Institut) am weitesten verbreitet, weshalb er auch in diesem Artikel zur Anwendung kommt.

Die Literatur zum Forschungsbereich der Autokratisierung weist einige Erklärungs-

ansätze, wie unter anderem Ansätze in der Tradition der politischen Ökonomie und politischen Kultur, auf, doch es fehlt bislang eine „starke und weithin anerkannte Erklärung“ (Anders & Lorenz, 2020, S. 11, Übers. d. Verfas.). In diesem Sinne verfolgt der vorliegende Artikel das Ziel, einen relevanten Beitrag zur Debatte über Erklärungsansätze gegenwärtiger Autokratisierungsprozesse zu leisten. Der Fokus der Analyse wird dabei speziell auf Polen und Ungarn gelegt, weil dies jene beiden EU-Mitgliedstaaten sind, welche gemessen am Liberal Democracy Index zwischen den Jahren 2009 und 2019 die am deutlichsten ausgeprägten Autokratisierungsprozesse aufweisen (Maerz et al., 2020, S. 915).

Die zentrale These dieses Artikels lautet, dass der Grund für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn im Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien liegt, sodass die Ursachen der Autokratisierungsprozesse letztlich die Ursachen des (Rechts-)Populismus sind. Zu diesem Zweck werden die zentralen Erklärungsansätze für den Wahlerfolg (rechts-)populistischer Parteien dargestellt und in Zusammenhang mit den Autokratisierungsprozessen in Polen und Ungarn gestellt.

Zunächst wird hierfür der Prozess der Autokratisierung analytisch und empirisch beschrieben und an den Fallbeispielen Polen und Ungarn veranschaulicht.

Dann werden die zentralen Merkmale des Populismus beschrieben, aus denen sodann die zentrale These – der Grund für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn liegt im Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien – abgeleitet wird. Im vierten Abschnitt werden die prominentesten Erklärungsansätze des Populismus beschrieben, welche im fünften Abschnitt mit den Autokratisierungsprozessen in Polen und Ungarn in Verbindung gebracht werden. Die Schlussfolgerung dieses Artikels ist, dass der Grund für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn tatsächlich der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien ist, sodass die Ursachen der Autokratisierungsprozesse letztlich die Ursachen des Populismus sind. Eine besondere Erklärungskraft für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn kann über die Verknüpfung soziokultureller und politisch-institutioneller Erklärungsansätze erreicht werden.

Autokratisierung in Mittel- und Osteuropa

Konzeptuelle Definitionen

Im Nachfolgenden werden Demokratie und Autokratie in Anlehnung an András Bozóki und Dániel Hegedűs (2018, S. 1173) als zwei entgegengesetzte Pole auf einer kontinuierlichen Skala interpretiert. Als Autokratisierung werden demnach all jene

Veränderungen und Prozesse bezeichnet, durch welche sich die Position eines Staates auf der Demokratie-Autokratie-Skala weiter in Richtung Autokratie verschiebt (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1100). Diese graduellen Veränderungen machen typologische Regime-Unterscheidungen notwendig. Wenn Demokratie und Autokratie nur die beiden Pole eines Kontinuums darstellen, muss ein begriffliches Gerüst vorhanden sein, um zwischen den Mischformen zu unterscheiden. Ansonsten würde die analytische Schärfe verloren gehen. Die Literatur weist einige Konzeptualisierungen für derartige Mischformen auf: Das Konzept von Wolfgang Merkel und Kollegen verwendet beispielsweise den Begriff der defekten Demokratie (vgl. Bogaards, 2018, S. 1483), während Bozóki und Hegedűs (2018) von Hybrid-Regimen sprechen. Da in diesem Artikel der Liberal Democracy Index zur Quantifizierung von Autokratisierungsprozessen herangezogen wird, eignet sich die damit in Verbindung stehende Unterscheidung zwischen liberaler Demokratie, elektoraler Demokratie, elektoraler Autokratie und geschlossener Autokratie (vgl. Lührmann et al., 2018, S. 1327) am besten als begriffliches Gerüst.

Der Liberal Democracy Index setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Die erste Komponente umfasst die Indikatoren zum Index der elektoralen Demokratie (vgl. ebd., S. 1322f.), welcher auf Robert Dahls Konzept der „Polyarchie“ aufbaut

und folgende Kriterien umfasst: „saubere Wahlen, Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, eine gewählte Exekutive sowie Meinungsfreiheit und alternative Informationsquellen“ (Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1096, Übers. d. Verfas.). Die zweite Komponente umfasst Indikatoren zur Rechtsstaatlichkeit (vgl. Lührmann et al., 2018, 1322f.) und zur horizontalen Beschränkung der Exekutive durch die Judikative und die Legislative (vgl. ebd., S. 1327). Zusammen ergeben diese beiden Komponenten den Liberal Democracy Index, welcher von einem theoretischen Maximalwert von 1 zu einem theoretischen Minimalwert von 0 reicht.

62

An dieser Stelle ist die zuvor erwähnte Unterscheidung zwischen liberaler Demokratie, elektoraler Demokratie, elektoraler Autokratie und geschlossener Autokratie relevant. Damit ein Staat als liberale Demokratie, der anspruchsvollsten Form von Demokratie im Rahmen des Liberal Democracy Indexes, eingestuft werden kann, muss ein besonders hoher Wert auf dem Liberal Democracy Index (Tendenz gegen 1) erreicht werden. Dies ist nur möglich, wenn Staaten sowohl den Kriterien der elektoralen Demokratie, also der „Polyarchie“ im Sinne Dahls, als auch den Kriterien der Rechtsstaatlichkeit und horizontalen Beschränkungen der Exekutive gerecht werden. Die nächstniedrigere, das heißt in Bezug auf die Kriterien weniger anspruchsvolle, aber

gleichzeitig auch weniger demokratische, Regimeform ist die elektorale Demokratie. Um als elektorale Demokratie zu gelten, müssen Staaten „nur“ den Kriterien der „Polyarchie“ im Sinne Dahls gerecht werden. Werden diese nicht mehr hinreichend erfüllt, nehmen Staaten einen Wert unter 0.5 auf dem Liberal Democracy Index an und werden als elektorale Autokratien bezeichnet. Elektorale Autokratien sind unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass unfaire Wahlen abgehalten werden, indem etwa die Medienfreiheit eingeschränkt oder die Opposition unterdrückt wird. Als geschlossene Autokratien werden schließlich all jene Staaten bezeichnet, in denen keine Wahlen für die Besetzung der Regierung abgehalten werden, sodass die Regierung in keiner Weise der Wahlbevölkerung rechenschaftspflichtig ist. Diese Staaten nehmen Werte gegen 0 auf dem Liberal Democracy Index ein (vgl. ebd.; Lührmann & Lindberg 2019, S. 1096; Maerz et al., 2020, S. 912).

Wie sehen Autokratisierungsprozesse aus?

Während Autokratisierungsprozesse in früheren Wellen der Autokratisierung meist gar nicht prozesshaft, sondern schlagartig stattfanden, etwa durch einen Militärputsch, nehmen sie gegenwärtig die Form einer langsamen Erosion unter einer legalen Fassade an (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1095). Bei dieser

neuen Form der Autokratisierung, der langsamen Erosion demokratischer Normen, gelangen die Amtsinhaber*innen zunächst noch auf legalem Wege an die Macht, beginnen dann aber schrittweise mit einer Agenda der Autokratisierung, ohne dabei die wichtigsten demokratischen Institutionen abzuschaffen. Diese langsame Erosion kann exemplarisch an verschiedenen Veränderungen festgemacht werden: Eine allmähliche Machtkonzentration in der Exekutive durch die Untergrabung der horizontalen Rechenschaftspflicht, das heißt der Schwächung der *Checks and Balances*, die Einschüchterung der Opposition, die Einschränkung der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit von Oppositionsparteien, Wahlrechtsreformen zur Maximierung von Mandaten der regierenden Partei – Stichwort *gerrymandering* – und die Schwächung der Medienfreiheit (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019; Przeworski, 2020, S. 198ff.).

Im Sinne der oben eingeführten konzeptionellen Definitionen bedeutet das, dass sich Staaten, welche Autokratisierungsprozesse durchlaufen, immer häufiger im Stadium der elektoralen Autokratie konsolidieren und sich nicht weiter in eine geschlossene Autokratie entwickeln. Diese Konsolidierung im Stadium der elektoralen Autokratie ist besonders für eine langfristige Machtstabilisierung von Bedeutung, weil die Anerkennung eines Staates im internationalen System für

die Regierungslegitimität von enormer Bedeutung ist. Eine allzu offenkundige Autokratisierung, etwa durch das schlagartige Abschaffen von Wahlen, wäre mit zu großen Reputationsverlusten verbunden. Stattdessen sind bei den gegenwärtigen Autokratisierungsprozessen die einzelnen Veränderungen für sich genommen nicht offenkundig demokratieschädigend oder verfassungswidrig, in ihrer Gesamtheit untergraben sie aber die Demokratie.

Die Fälle Polen und Ungarn

Polen hat zwischen den Jahren 2010 und 2020 gemessen am Liberal Democracy Index weltweit die größte Autokratisierung erlebt (vgl. Coppedge et al., 2021). Seitdem die rechtspopulistische PiS Partei 2015 (vgl. Klassifizierung der PiS als rechtspopulistische Partei, siehe Zulianello, 2019) unter Jarosław Aleksander Kaczyński die Wahl gewonnen hat, haben weitreichende Verfassungsänderungen zu einer Machtkonzentration in der Exekutive geführt, indem die *Checks and Balances*, welche der Judikative gegenüber der Exekutive zur Verfügung standen, geschwächt wurden (vgl. Lührmann et al., 2018, S. 1326). Von dieser Schwächung der Judikative waren konkret vier Institutionen betroffen: das Verfassungsgericht, der Oberste Gerichtshof, der Nationale Justizrat und die allgemeinen Gerichte (vgl. Matthes, 2020, S. 263). So wurde unter anderem der oberste Gerichtshof neu

besetzt und Richter, welche nicht im Sinne der Regierung urteilten, wurden bestraft (vgl. Applebaum, 2021, S. 13). Während Polen im Jahr 2010 noch einen Liberal Democracy Index von 0.83 vorzuweisen hatte und damit als liberale Demokratie eingestuft werden konnte, sank der Liberal Democracy Index bis 2020 um mehr als 30 Prozent auf 0.49, sodass Polen nunmehr als elektorale Autokratie klassifiziert wird (vgl. Coppedge et al., 2021).

64

In Ungarn hat das Zusammentreffen der Unpopularität einer von Skandalen und Korruption geprägten Regierung mit der Weltwirtschaftskrise die Bereitschaft für eine neue Regierungspartei in der Wahlbevölkerung erhöht (vgl. Batory, 2016, S. 299). Bei der Wahl im Jahr 2010 hat die Koalition aus der rechtspopulistischen Fidesz (vgl. Klassifizierung der Fidesz als rechtspopulistische Partei: Zulianello, 2019) unter Viktor Orbán und der KDNP eine zweidrittel Mehrheit im Parlament gewonnen, womit es der Regierung rechtlich möglich wurde, Verfassungsänderungen zu beschließen. Diese Möglichkeit wurde sofort ausgeschöpft. Im Jahr 2011 wurde die neue Verfassung angenommen, welche im Jahr 2012 in Kraft trat. Diese Verfassung hat unter anderem die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz von der Exekutive stark einschränkt. Darüber hinaus wurde ein neues Wahlsystem eingeführt, welches den Stimmenanteil der Fidesz im Parlament maximiert. So wurde die

Fidesz unter Orbán mit zwei Drittel der Mandate wiedergewählt, obwohl deren Stimmenanteil geringer ausfiel als im Jahr 2010 (vgl. Anders & Lorenz, 2020, S. 4; Batory 2016, S. 285; Bogaards, 2018, S. 1481; Bozóki & Hegedűs, 2018, S. 1174; Hawkins & Littvay, 2019, S. 50). All diese Entwicklungen zusammen greifen nicht nur die liberale, sondern auch die elektorale Komponente der Demokratie an. Der Liberal Democracy Index hat sich zwischen 2010 und 2020 über 30 Prozent auf 0.37 verschlechtert, womit Ungarn nunmehr als elektorale Autokratie klassifiziert wird (vgl. Coppedge et al., 2021).

Elemente des Populismus und deren Verhältnis zur Demokratie

Das Ziel dieses Artikels ist es, Erklärungsmuster für die im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn zu finden. Die zentrale These lautet, dass rechtspopulistische Parteien mit Regierungsmacht per definitionem Autokratisierungsprozesse einleiten. Um diese These zu stützen, werden im folgenden Abschnitt die zentralen Merkmale des (Rechts-)Populismus aufgezeigt.

Die einschlägige Literatur beschreibt den Populismus als dünne Ideologie, welche sich mit sogenannten Wirtsideo logien verbindet, um die verschiedenen Subtypen

des Populismus zu bilden (vgl. Hawkins & Littvay, 2019; Mudde & Kaltwasser, 2019; Müller, 2016). Grundlegend können zwei derartige Subtypen des Populismus ausgemacht werden: der Rechtspopulismus und der Linkspopulismus. Der europäische Populismus ist überwiegend ein nationalistischer, nativistischer und fremdenfeindlicher Rechtspopulismus, während der lateinamerikanische Populismus überwiegend ein sozialistischer Linkspopulismus ist. Abgesehen von diesen Subtypen eint den Populismus in der Definition der dünnen Ideologie die Interpretation, dass die „Gesellschaft letztlich in zwei homogene antagonistische Lager gespalten ist, »das anständige Volk« und »die korrupte Elite«, und Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (Gemeinwillen) des Volkes sein sollte“ (Mudde & Kaltwasser, 2019, S. 25, Herv. im Orig.).

Die Bezeichnung als dünne Ideologie schreibt dem Populismus zwei jeweils notwendige, aber nicht hinreichende Merkmale zu: das antielitäre und das antipluralistische Element. Der Populismus kann erstens durch ein antielitäres Moment gekennzeichnet sein. Damit ist die Auffassung verbunden, dass dem „homogenen und moralisch überlegenen Volk“ eine „korrupte und eigennützige Elite“ gegenübersteht. Diese „Elite“ kann durch politische, wirtschaftliche oder kulturelle Macht definiert sein, wird aber stets als „dem Volk“ moralisch unterlegen dargestellt, weil

sie „den »Gemeinwillen« des Volkes konterkariert“ (Mudde & Kaltwasser, 2019, S. 34). Der Populismus kann zweitens durch ein antipluralistisches Moment gekennzeichnet sein, da von einem singulären und homogenen Volkswillen ausgegangen wird. Das „wahre Volk“ hat einen singulären und homogenen Willen, alle davon abweichenden Meinungen sind illegitim. Je nach Definition variiert der populistische Volksbegriff, im Rechtspopulismus ist er in der Regel nationalistisch und ethnisch konnotiert. Nach Jan-Werner Müller (2016, S. 42) ist der moralische Alleinvertretungsanspruch zentral, wonach „einzig die Populisten das wahre Volk vertreten; alle anderen vermeintlichen Repräsentanten der Bürger seien auf die eine oder andere Art illegitim.“ Die Populist*innen kennen den singulären homogenen Willen des wahren Volkes vor jeglicher Deliberation und müssen daher nicht mit anderen Repräsentant*innen der Wahlbevölkerung im Parlament darüber deliberieren, was der „Volkswille“ sei. Sie alleine können den singulären und homogenen Volkswillen a priori erkennen: „Wichtig ist in der Weltanschauung der Populisten allein, dass der populistische Politiker den einzig wahren moralischen Volkswillen korrekt identifiziert und im Sinne eines imperativen Mandats umsetzt“ (Müller, 2016, S. 54).

Homogener Volkswille und imperatives Mandat

Dieser Anspruch, den homogenen Volkswillen vor jeder Deliberation kennen zu wollen und ihn dann lediglich „im Sinne eines imperativen Mandats“ (ebd.) umsetzen zu wollen, ist der Grund, weshalb Rechtspopulismus zu Autokratisierung führt. Dies wird ersichtlich, wenn mensch die Idee eines vor jeder Deliberation durch die populistische Partei erkennbaren Volkswillens, welcher nur mehr durch die populistische Partei im Sinne eines imperativen Mandats umgesetzt werden muss, bis ans Ende verfolgt. Parlamente werden überflüssig, da der Wille des Volkes der populistischen Partei bereits bekannt ist und es daher keiner weiteren Deliberation bedarf. Verfassungsgerichte und politische Opposition werden illegitim und müssen unterdrückt werden. Die einzig legitimen Interessen sind jene des „wahren Volkes“, welche durch die populistische Partei repräsentiert werden. Alle davon abweichenden Interessen sind entweder jene der „korrupten und eigennützigen Elite“ oder anderer Personen, welche ebenfalls nicht zum „Volk“ gehören und deren Repräsentation es daher nicht bedarf. Verfassungsgerichte werden illegitim, weil sie mit der Absicht, Minderheitenrechte zu schützen, dem mehrheitlichen „Volkswillen“ entgegenstehen. Wahlrechtsreformen werden notwendig, um die populistische Partei an der Macht zu halten, schließlich sind

sie die wahren Repräsentant*innen des „Volkes“. Vor diesem Hintergrund gilt das normative Ziel, sowohl die „korrupte und eigennützige Elite“ als auch jedwede andere Opposition im Namen des „wahren Volkes“ von der Regierungsmacht fernzuhalten.

Ursachen des Populismus als Ursachen der Autokratisierung

Sozioökonomische Erklärungsansätze

Sozioökonomische Erklärungsansätze des Populismus nehmen die Globalisierung, die Neoliberalisierung, die steigende sozioökonomische Ungleichheit und den technologischen Wandel als Erklärungsfaktoren in den Blick. So argumentieren Sarah Jay und Kolleg*innen (2017), dass steigende sozioökonomische Ungleichheit die Perzeption von Bedrohungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene verstärken. Als Gegenreaktion dieses verstärkten Bedrohungsempfindens würden sich Menschen an Identitätsanker wie die nationale Identität klammern, um das Gefühl von Sicherheit wiederherzustellen. Eine Hervorhebung der nationalen Identität mündet dann schließlich in befürwortenden Einstellungen zu Protektionismus, einwanderungsfeindlichen Haltungen und damit rechtspopulistischen Politikangeboten (vgl. Jay et al., 2017).

Ebenfalls innerhalb des sozioökonomischen Paradigmas argumentieren Anthony Mughan und Kolleg*innen (2003), welche die Ursache für den Stimmenzuwachs rechtspopulistischer Parteien in der strukturell bedingten Arbeitsplatzunsicherheit der neoliberalen Marktwirtschaft verorten. Vor diesem Hintergrund würden rechtspopulistische Akteure die zunehmende internationale wirtschaftliche Integration und Globalisierung als Ursache für die Arbeitsplatzunsicherheit heranziehen und so für Protektionismus, Nationalismus und Grenzsicherungen argumentieren (vgl. Mughan et al., 2003). Anknüpfend an diese auf den Arbeitsmarkt bezogene Erklärung argumentiert David Yarrow (2017, S. 570, Übers. d. Verfas.), dass die Ursache des Populismus „der utopische Versuch [der neoliberalen Wirtschaft] ist, Arbeitskraft [engl. Labour] als Ware zu behandeln.“

Derartige ökonomisch bedingte Zukunftssängste sind ein weit verbreitetes Erklärungsmuster innerhalb des sozioökonomischen Paradigmas. So zeigt Sheri Berman (2021) in ihrer Darstellung der einschlägigen Literatur, dass die Angst vor zukünftigen ökonomischen Entwicklungen häufig als primärer Erklärungsfaktor herangezogen wird:

Wenn Individuen besorgt sind, dass sich ihre finanzielle Situation im Laufe der Zeit verschlechtern wird, vielleicht weil

die Branchen, in denen sie beschäftigt sind, aufgrund von Automatisierung, ausländischer Konkurrenz usw. bedroht oder im Niedergang begriffen sind, dann könnten sie für die Anti-Establishment- und Sündenbock-Populisten empfänglich sein. (Berman, 2021, S. 75, Übers. d. Verfas.)

Die Theorie von Wilhelm Heitmeyer (2018, S. 16f.) nimmt das „Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, sozialen Desintegrationsprozessen und politischer Demokratieentleerung“ in den Fokus. Durch den autoritären Kapitalismus dominieren in Gesellschaft und Politik ökonomische Interessen und Handlungsmotive über allen anderen Erwägungen. Das Resultat sei eine Kontrollverschiebung: Kontrollverluste für den Nationalstaat, die Gesellschaft und das Individuum; Kontrollgewinne für den autoritären Kapitalismus. Diese Kontrollverschiebung hat in zweierlei Hinsicht negative Auswirkungen. Erstens wirkt sich der Kontrollverlust nationalstaatlicher Politik negativ auf die Demokratie aus, da es zu vielfältigen Formen der Demokratieentleerung kommt. Dies führt zu institutionell-partizipatorischer Desintegration, politischer Entfremdung, Misstrauen gegenüber politischen Eliten und rechtspopulistischen Einstellungen. Zweitens führt der Kontrollgewinn des autoritären Kapitalismus zur Ökonomisierung des Sozialen, also der Verbreitung ökonomischer Imperative im sozialen Bereich, sodass

fremde Gruppen ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz bewertet werden. Dies wiederum führt zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber nicht wettbewerbsfähigen Menschen (Ideologie der Ungleichwertigkeit). Neben der Abwertung nicht wettbewerbsfähiger Gruppen kommt es durch die Ökonomisierung des Sozialen zur Verbreitung von Handlungsmotiven wie Konkurrenz- und Durchsetzungszwang. Geraten derartige Handlungsmotive in Kombination mit einer prekären Lage, Statusängsten, Desintegrationserfahrungen oder Orientierungslosigkeit kommt es zur Abwertung all jener Gruppen, die als Konkurrenz gesehen werden. Hinzu kommen durch den autoritären Kapitalismus erzeugte (Zukunfts-)Ängste und Kontrollverluste welche von autoritären politischen Akteur*innen mit autoritären Politikangeboten wie Überwachung oder anderen Kontroll- und Repressionsangeboten erwidert werden (vgl. Heitmeyer, 2018).

Soziokulturelle Erklärungsansätze

Soziokulturelle Erklärungsansätze beziehen sich auf einen Konflikt zwischen progressiv-kosmopolitischen und konservativ-kommunitaristischen Werten. Das Ressentiment konservativ-kommunitaristisch eingestellter Gesellschaftsgruppen gegenüber progressiv-kosmopolitischen Gesellschaftstransformationen geht oft

Hand in Hand mit Anti-Immigrations-Einstellungen, sodass dem Rechtspopulismus Vorschub geleistet wird.

So zeigt etwa Daniel Oesch (2008), dass die Haltung, die eigene nationale Identität gegenüber Immigranten verteidigen zu müssen, größeren Einfluss auf die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien hat als ökonomische Missstände. Jens Hainmüller und Daniel Hopkins (2014) bestätigen diese These in ihrer Arbeit.

Ein besonders prominenter Ansatz innerhalb des soziokulturellen Paradigmas ist jener von Ronald Inglehart und Pippa Norris (2016). Mit der Cultural Backlash These stellen sie einen Zusammenhang zwischen der „Silent Revolution“ (Inglehart, 1971), dem Kulturkampf zwischen progressiv-kosmopolitischen und konservativ-kommunitaristischen Werten, und dem nachfolgenden Aufkommen rechtspopulistischer Parteien her. Das hohe Maß an existenzieller Sicherheit und Wohlstand Ende des 20. Jahrhunderts führe dazu, dass jene Kohorten, welche zu dieser Zeit sozialisiert wurden, postmaterialistische Werte annehmen. Diese Gesellschaftstransformation hin zu progressiveren Werten und Einstellungen wie Kosmopolitismus und Multikulturalismus, führe dann aber zu einer Gegenreaktion (dem Cultural Backlash). Vor allem ältere Generationen, weiße Männer und weniger gebildete Schichten lehnen die progressiven Werte ab. Diese

Gruppen entwickeln Ressentiments und bemängeln die Verdrängung der von ihnen hoch gehaltenen konservativen Werte. Imigrationsprozesse verstärken bei diesen Gesellschaftsgruppen den Eindruck, dass traditionelle Normen und Werte rasch verschwinden würden. Vor diesem Hintergrund interpretieren Inglehart und Norris den Aufstieg populistischer Parteien vor allem als Gegenreaktion auf eine Transformation der gesellschaftlichen Zusammensetzung und traditioneller Werte (vgl. Inglehart & Norris, 2016).

Politisch-institutionelle Erklärungsansätze

Politisch-institutionelle Erklärungsansätze nehmen die Repräsentationsdefizite moderner liberaler Demokratien und die Kontrollverluste nationalstaatlicher Politik in den Fokus. Armin Schäfer und Michael Zürn (2021) sprechen hier von der doppelten Entfremdung. Damit ist die Abweichung der konsolidierten Demokratien vom demokratischen Ideal und die daraus resultierende Entfremdung der Bürger*innen von den demokratischen Institutionen gemeint. Die konsolidierten Demokratien weichen insofern vom demokratischen Ideal ab, als sie Repräsentationsdefizite aufweisen. Einerseits sind die Parlamente nur selektiv responsiv, weil den Interessen ökonomisch starker Gesellschaftsgruppen disproportional viel Gewicht verliehen wird. Diese ökonomisch

starken Gesellschaftsgruppen haben – auf Grund ihres tendenziell hohen Bildungsabschlusses – meist liberale Präferenzen, sodass sich die Politik hin zum kosmopolitischen Pol verschiebt. Als Folge dessen sind kommunitaristische Werte systematisch unterrepräsentiert (vgl. Schäfer & Zürn, 2021).

Andererseits ist es nach Schäfer und Zürn (2021) zu einer Entmachtung der nationalstaatlichen Mehrheitsinstitutionen gekommen, weil sich Entscheidungskompetenzen auf nichtmajoritäre Institutionen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichtshöfe oder inter- und supranationale Institutionen verlagern. Da diese Institutionen eine Affinität zu Internationalisierung und Pluralisierung haben, setzen sich auch hier wieder kosmopolitische gegenüber kommunitaristischen Werten durch. Diese Repräsentationsdefizite gegenüber ökonomisch eher schwächeren, konservativ-kommunitaristischen Gesellschaftsschichten führen dazu, dass sich diese von den demokratischen Institutionen entfremden und für Parteien stimmen, welche nationalistische, antielitäre und antipluralistische Haltungen vertreten (vgl. Schäfer & Zürn, 2021).

Diese politisch-institutionelle Dimension ist im Zusammenhang mit Osteuropa besonders interessant. Heather Grabbe (2006) zeigt, wie der EU-Beitrittsprozess osteuropäischer Staaten durch die Kopenhagener

Kriterien im Allgemeinen und die im Vorfeld des Beitritts durchgeführten Verhandlungsgespräche im Speziellen dazu geführt hat, den Handlungsspielraum der Nationalstaaten drastisch einzuschränken. Bei den Beitrittsprozessen der osteuropäischen Staaten hat die EU einen großen Einfluss auf die nationalstaatliche Politik in diversen Politikfeldern ausgeübt, unter anderem in den Bereichen der Wirtschaft, der Justiz, der Sozialversicherungen, der Steuerreformen und der Energie. All diese Entscheidungsfelder liegen üblicherweise im Kompetenzbereich der Nationalstaaten, sodass sich ein Demokratiedefizit beklagen lässt, da die osteuropäischen Staaten selbst kaum demokratisch an diesen Entscheidungsprozessen beteiligt waren (vgl. Grabbe, 2006). Diese Kontrollverluste der Nationalstaaten sind ein prominenter Erklärungsansatz für die dezidiert anti-internationalistischen Haltungen europäischer rechtspopulistischer Parteien im Allgemeinen und der Anti-EU Haltung im speziellen.

Diskussion der Fallbeispiele

In diesem Abschnitt werden die zuvor thematisierten Erklärungsansätze mit den Fallbeispielen Polen und Ungarn in Verbindung gebracht. Sozioökonomische Erklärungsmuster können in Bezug auf Polen und Ungarn durchaus als gewinnbringend interpretiert werden, aber die

Argumentation von Jay und Kolleg*innen (2017) – steigende sozioökonomische Ungleichheit würde schlussendlich zur Hervorhebung der nationalen Identität und damit fremdenfeindlichen Einstellungen führen – ist im Kontext von Polen und Ungarn nicht sonderlich fruchtbar. Ein Blick auf den Gini-Koeffizienten, ein statistisches Maß der sozioökonomischen Ungleichheit, zeigt, dass sowohl Polen als auch Ungarn über dem EU-Durchschnitt liegen (vgl. Eurostat, 2021b), in Bezug auf sozioökonomische Ungleichheit also egalitärer sind. Auch wenn Mughan und Kolleg*innen (2003) und Yarrows (2017) strukturelle Erklärungen zunächst plausibel erscheinen, handelt es sich doch um globale Faktoren. Für die Analyse der Fallbeispiele Polen und Ungarn ist die Berücksichtigung dieses Faktors somit nicht sehr aufschlussreich. Ansonsten müsste sich die Demokratiequalität in allen kapitalistischen Gesellschaften ähnlich entwickeln, dies ist jedoch keineswegs der Fall. Heitmeyers (2018) Argumentation, die strukturell bedingte Ökonomisierung des Sozialen würde in Kombination mit prekären Arbeitsverhältnissen, verbauten Aufstiegschancen oder mit gefährdeter sozialer Absicherung zu sozialstruktureller Desintegration – und damit zur Abwertung nicht wettbewerbsfähiger Menschen, zur Reklamation von Etablierten Vorrechten und letztlich zu gestiegener Empfänglichkeit für autoritär-rechtspopulistischer Politikangebote – führen, erscheint für die

Fälle Polen und Ungarn schon eher plausibel. Polen und Ungarn waren vor dem historischen Hintergrund der kommunistischen Planwirtschaft im Vergleich zum Westen wirtschaftlich rückständig und auch heute liegt das BIP pro Kopf in Osteuropa noch signifikant hinter jenem Westeuropas (vgl. Eurostat, 2021a). Obgleich diese Argumentation einen komplexen Sachverhalt und ein breites Forschungsfeld stark vereinfacht, kann zumindest vorläufig der Schluss gezogen werden, dass ein sozioökonomischer Erklärungsansatz im Sinne Heitmeyers (2018) ein Erklärungsfaktor sein kann. Der Tatbestand, dass diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch auf die übrigen beiden Staaten der Visegrád-Gruppe, der Slowakei und der Tschechischen Republik, zutreffen und auch in diesen beiden Staaten – wenn auch zu einem geringeren Ausmaß als in Polen und Ungarn – Autokratisierungsprozesse zu beobachten sind (vgl. Anders & Lorenz, 2020, S. 1), bekräftigt sozioökonomische Erklärungsansätze im Sinne Heitmeyers (2018) weiter. Doch, wie bereits angemerkt, muss diese Schlussfolgerung kritisch hinterfragt werden.

Wie können die beiden übrigen Erklärungsansätze, nämlich der soziokulturelle und der politisch-institutionelle Erklärungsansatz, auf die Fallbeispiele angewandt werden? Vor dem Hintergrund einer Kompetenzverlagerung von den Nationalstaaten auf nicht-majoritäre

nationale Organisationen und inter-, sowie supranationale Institutionen – welche auf der Nachfrageseite zur mangelnden Repräsentation konservativ-kommunitaristisch eingestellter Gesellschaftsgruppen führt (vgl. Schäfer & Zürn, 2021) – kommt es im Sinne Heitmeyers (2018) zu institutionell-partizipatorischer Desintegration. Das daraus resultierende Defizit an moralischer Anerkennung führt zu dichotomen Weltbildern, bestehend aus „Elite“ und „Volk“, sowie einem Cultural Backlash im Sinne Norris und Ingleharts (2016), womit die Empfänglichkeit für (rechts-)populistische Politikangebote steigt. Auf der Angebotsseite bietet die mangelnde Repräsentation konservativ-kommunitaristisch eingestellter Gesellschaftsgruppen einen Raum für die entsprechenden Politikangebote. Dieser Erklärungsansatz ist im Kontext der Fallbeispiele Polen und Ungarn besonders fruchtbar, weil es im Zuge des EU-Beitrittsprozesses zu vielfältigen Kontrollverlusten von Seiten der Nationalstaaten kam, wie Grabbe (2006) eindrücklich zeigt. Bestärkt wird diese Argumentation dadurch, dass die Kritik bezüglich zu intensiver und weitreichender Einmischung in die nationalstaatliche Politik von Seiten der EU auch direkt von Polen geäußert wurde (vgl. Anders & Lorenz, 2020, S. 5). In Bezug auf die dichotomen Weltbilder, welche durch institutionell-partizipatorische Desintegration entstehen, muss in Zusammenhang mit Polen und Ungarn eine wichtige Verschiebung festgehalten

werden. Das antielitäre Element des (Rechts-)Populismus bleibt durchaus erhalten, auch wenn Populist*innen in Regierungspositionen gelangen. Die „korrupte Elite“ ist dann eben nicht mehr die nationale politische Elite, sondern die politische Elite der EU. So zeigen etwa Gert Pickel und Cemal Öztürk (2020, S. 74), dass rechtspopulistische Akteur*innen in Regierungspositionen weiterhin eine antielitäre Haltung einnehmen können, indem sie Islamophobie und Euroskeptizismus miteinander verbinden und behaupten, die Bürokrat*innen in Brüssel würden angeblich eine „sogenannte Invasion der Muslime inszenier[en]“ (ebd., Übers. d. Verfas.). Dies zeigt, dass die für den Populismus zentrale antielitäre Rhetorik auch dann weitergeführt werden kann, wenn sich populistische Akteur*innen selbst in Regierungspositionen befinden.

National spezifische Erklärungsfaktoren

Abschließend soll der Blick über die hier dargestellten theoretischen Zugänge ausgeweitet werden, damit auch national spezifische Erklärungsfaktoren Beachtung finden, welche in diesem Artikel aus Platzgründen nicht näher thematisiert wurden. Speziell für den Fall Ungarn gibt es eine Reihe von Besonderheiten, welche in einem gesonderten Artikel analysiert werden könnten. Agnes Batory (2016,

S. 299) hebt drei Besonderheiten im Fall Ungarns heraus: (1) Die überwältigende Zweidrittelmehrheit, welche eine Verfassungsänderung möglich gemacht hat, (2) die starke Parteidisziplin, wodurch Orbán als Parteivorsitzendem zusätzliche Macht zukommt und (3) den Tatbestand, dass die Fidesz keine typische populistische Partei ist, weil sie nicht als neu gegründete Partei in der Außenseiterrolle auf das politische Parkett getreten ist, sondern aus einer Umformung einer bereits bestehenden moderaten Zentrumspartei entstanden ist und damit bereits transnational verknüpft war. Hinzu kommt im Kontext Ungarns die Verschwörungstheorie rund um den Milliardär George Soros, welcher – der Verschwörungstheorie zu Folge – „Ungarn durch den Import von Migranten“ (Applebaum, 2021, S. 45) zerstören will. Als Konsequenz dieser Verschwörungstheorie stellt Applebaum fest, dass Migrant*innen von Teilen der ungarischen Bevölkerung als existenzielle Bedrohung für die ungarische Nation gesehen werden. Dies bekräftigt soziokulturelle Ansätze, welche die Gefährdung der kulturellen Homogenität und nationalen Identität durch Immigration als Erklärung heranziehen (vgl. Oesch, 2008; Hainmüller & Hopkins, 2014). Die verstärkte Salienz der nationalen Identität als Resultat einer Verschwörungstheorie und der damit implizierten Bedrohung der nationalen Identität durch *kulturelle Überfremdung* ist ein national spezifischer Faktor, welcher im

Sinne eines soziokulturellen Erklärungsansatzes der rechtspopulistischen Fidesz Vorschub geleistet haben dürfte und damit indirekt zur Autokratisierung beigetragen hätte. Das Defizit an regional spezifischen Faktoren, welche in der Literatur für den Fall Polen genannt werden, deutet auf eine Forschungslücke hin und eröffnet somit die Möglichkeit für zukünftige Forschung.

LITERATUR

- Anders, L. & Lorenz, A. (2020). Examining Illiberal Trends and Anti-EU Politic in East Central Europe from a Domestic Perspective: State of Research and Outline of the Book. In dies. (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe, Palgrave Studies in European Union Politics* (S. 1–28). Palgrave Macmillan.
- Applebaum, A. (2021). *Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist*. Siedler.
- Batory, A. (2016). Populists in government? Hungary's "system of national cooperation". *Democratization*, 23(2), 283–303.
- Berman, S. (2021). The Causes of Populism in the West. *Annual Review of Political Science*, 24, 71–88.
- Bogaards, M. (2009). How to classify hybrid regimes? Defective democracy and electoral authoritarianism. *Democratization*, 16(2), 399–423.
- Bogaards, M. (2018). De-democratization in Hungary: diffusely defective democracy. *Democratization*, 25(8), 1481–1499.
- Bozóki, A. & Hegedűs, D. (2018). An externally constrained hybrid regime: Hungary in the European Union. *Democratization*, 25(7), 1173–1189.
- Buzogány, A. (2017). Illiberal democracy in Hungary: authoritarian diffusion or domestic causation? *Democratization*, 24(7), 1307–1325.
- Coppedge, M., Gerring, J., Knutsen, C. H., Lindberg, S., Teorell, J., Alizada, N., Altman, D., Bernhard, M., Agnes, C., Fish, S., Gastaldi, L., Gjerløw, H., Glynn, A., Hicken, A., Hindle, G., Ilchenko, N., Krusell, J., Luhrmann, A., Maerz, S., Marquardt, K., McMann, K., Mechkova, V., Medzihorsky, J., Paxton, P., Pemstein, D., Pernes, J., Römer, J. v., Seim, B., Sigman, R., Skaaning, S.-E., Staton, J., Sundström, A., Tzelgov, E., Wang, Y., Wig, T., Wilson, S. & Ziblatt, D. (2021). Varieties of Democracy Project. *Dataset v11.1*, <https://www.v-dem.net/vdemds.html>
- Eurostat (2021a). *GDP per capita, consumption per capita and price level indices*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=GDP_per_capita_consumption_per_capita_and_price_level_indices
- Eurostat (2021b). *Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens - EU-SILC Erhebung*, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_di12&lang=de
- Grabbe, H. (2006). *The EU's Transformative Power: Europeanization Through Conditionality in Central and Eastern Europe*. Palgrave Macmillan.
- Hainmüller, J. & Hopkins, D. J. (2014). Public attitudes towards immigration. *Annual Review of Political Science*, 17, 225–249.
- Hawkins, K. & Littvay, L. (2019). *Contemporary US Populism in Comparative Perspective. Elements in American Politics*. Cambridge University Press.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*. Suhrkamp.
- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *The American Political Science Review*, 65(4), 991–1017.
- Inglehart, R. & Norris, P. (2016). Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-nots and cultural backlash. *HKS Faculty Research Working Paper Series*.
- Jay, S., Batruch, A., Jetten, J., McGarty, C. & Muldoon, O. T. (2017). Economic inequality and the rise of far-right populism: A social psychological analysis. *Journal of Community & Social Psychology*, 29(5), 418–428.
- Lührmann, A. & Lindberg, S. I. (2019). A third wave of Autocratization is here: What is new about it? *Democratization*, 26(7), 1095–1113.

Lührmann, A., Mechkova, V., Dahlum, S., Maxwell, L., Olin, M., Petrarca, C., S., Sigman, R., Wilson, M. C. & Lindberg, S. I. (2018). State of the world 2017: Autocratization and exclusion? *Democratization*, 25(8), 1321–1340.

Maerz, S. F., Lührmann, A., Hellmeier, S., Grahn, S. & Lindberg, S. I. (2020). State of the world 2019: Autocratization surges – resistance grows. *Democratization*, 27(6), 909–927.

Matthes, C. (2020). Safeguarding Democracy and the Rule of Law by Civil Society Actors? The Case of Poland. In A. Lorenz & L. Anders (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe*, Palgrave Studies in European Union Politics (S. 263–284). Palgrave Macmillan.

Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2019). *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Dietz.

Mughan, A., Bean, C. & McAllister, I. (2003). Economic globalization, job insecurity and the populist reaction. *Electoral Studies*, 22(4), 617–633. [https://doi.org/10.1016/S0261-3794\(02\)00047-1](https://doi.org/10.1016/S0261-3794(02)00047-1)

Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Suhrkamp.

Oesch, D. (2008). Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. *International Political Science Review*, 29(3), 349–373.

Pickel, G., & Öztürk, C. (2020). The Varying Challenge of Islamophobia for the EU: On Anti-Muslim Resentments and Its Dividend for Right-Wing Populists and Eurosceptics—Central and Eastern Europe in a Comparative Perspective. In L. Anders & A. Lorenz (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe*, Palgrave Studies in European Union Politics (S. 57–80). Palgrave Macmillan.

Przeworski, A. (2020). *Krisen der Demokratie*. Suhrkamp.

Schäfer, A. & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Suhrkamp.

Yarrow, D. (2017). Progressive Responses to Populism. A Polanyian Critique of Liberal Discourse. *The Political Quarterly*, 88(4), 570–578.

Zulianello, M. (2020). Varieties of Populist Parties and Party Systems in Europe. From State-of-the-Art to the Application of a Novel Classification Scheme to 66 Parties in 33 Countries. *Government and Opposition*, 55, 327–347.

ZUM AUTOR

Niklas Waldner, 21, studiert Soziologie und Politikwissenschaft im Bachelor an der Universität Innsbruck. Seine wissenschaftlichen Interessengebiete sind die Vergleichende Demokratieforschung und Internationale Beziehungen, insbesondere Security Studies.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Andreas Schulz**, **Hendrik Erz**, **Michelle Giez**, **Nils Haacke** und **Dominik Dauner**.